

Aktionsbündnis mit klaren Forderungen nach Berlin

Vertreterinnen und Vertreter von „Für die Würde unserer Städte“ werden am Dienstag (24. Februar) im Bundeskanzleramt und im Bundestag zu Gast sein. Dort stellen sie dringend erforderliche Sofortmaßnahmen für die Kommunen und langfristige Lösungen vor.

Die Zahlen sprechen für sich: Minus 28,3 Milliarden Euro in den ersten drei Quartalen 2025 sind das bisher höchste Defizit in den kommunalen Haushalten. Die Liquiditätskredite wuchsen um mehr als sieben Milliarden Euro. Und die Sozialkosten sind im selben Zeitraum noch einmal um 6,3 Prozent gestiegen. Die kommunale Finanzkrise ist greifbar, die Städte und Gemeinden verlieren mehr und mehr Handlungsmöglichkeiten. Da die Lage so eindeutig wie bitter ist, muss es nun um Lösungen gehen.

Dafür sind die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ am 24. Februar zu Gesprächen in Berlin. Das Bündnis ist im Bundeskanzleramt zu Gast, tauscht sich mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales sowie Mitgliedern des Bundestags und Vertretern der Parteien aus. Für die finanzschwachen Kommunen sind mehr als 40 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte sowie Kämmerinnen und Kämmerer in der Hauptstadt. Das Aktionsbündnis ist in acht Bundesländern vertreten.

Die Lösungsvorschläge der Betroffenen sind klar formuliert. Sie fordern notwendige Sofortmaßnahmen, um die schärfsten Folgen der Krise unmittelbar zu lindern. Und sie fordern Strukturreformen, damit die Kommunen ausreichend finanziert und die Probleme dauerhaft beseitigt sind.

Eine **sofortige finanzielle Entlastung** ist durch zwei Schritte zu erreichen:

1. Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer bei angepasstem Verteilungsschlüssel (Bedarfsorientierung)

2. 100-prozentige Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund

Mittel- und langfristig müssen dann **strukturelle Veränderungen** folgen:

1. Staatliche Aufgaben müssen reduziert und vereinfacht werden. Neue Aufgaben dürfen nur dann an die Kommunen delegiert werden, wenn damit ein konkreter Finanzierungsweg verbunden ist („Wer bestellt, bezahlt“).
2. Die Förderpolitik muss so reformiert werden, dass deutlich mehr Mittel pauschal an die Kommunen fließen, statt an aufwendige Verfahren und für viele kaum zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist. Das Geld muss dort ankommen, wo es am dringendsten gebraucht wird.
3. Der Bund muss die Hälfte der Altschulden-Lösung übernehmen. Die vorgesehenen 250 Millionen Euro pro Jahr sind dafür deutlich zu wenig.

Pressekontakt vor Ort: Christian Herrendorf, Telefon 0179 5181078, E-Mail:
christian.herrendorf@fuerdiewuerde.de